Bekanntmachung nach § 5 Abs. 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) über die Feststellung des Nichtbestehens einer UVP-Pflicht für den Antrag der Rheinkalk GmbH, Wülfrath, auf Änderung der Planfeststellung zum Neuaufschluss des Steinbruchs Silberberg vom 11.11.2005

Kreis Mettmann
7032 Ro

Mettmann, den 23.05.2019

Antrag der Rheinkalk GmbH, Wülfrath, auf Änderung der Planfeststellung zum Neuaufschluss des Steinbruchs Silberberg vom 11.11.2005, Az. 7022J125-299/05 Th nach § 76 Abs. 2 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG)

Die Rheinkalk GmbH, Wülfrath, hat bei der Unteren Wasserbehörde des Kreises Mettmann (UWB) mit Datum vom 11.02.2019, eingereicht am 17.04.2019, für den Steinbruch Silberberg einen Antrag auf Änderung der Planfeststellung vom 11.11.2005 nach § 76 Abs. 2 VwVfG (Planänderung von unwesentlicher Bedeutung) gestellt. Antragsgegenstand ist die Änderung der Nebenbestimmung 7.7 (Verbleib des Abraums; Ablagerung von zusätzlichen ca. 3,2 Mio. m³ auf der Halde Dachskuhle bis 2023) und die Errichtung eines Gewässerdurchlasses des neu verlegten Eignerbachs, Gewässerabschnitt II, für den internen Materialtransport.

Im Verfahren zur Aufstellung des Planfeststellungsbeschlusses vom 11.11.2005 ist eine umfassende Umweltverträglichkeitsprüfung vorgenommen worden. Bei einem nachfolgenden Änderungsvorhaben ist gem. § 9 Abs. 1 i.V.m. § 7 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) ebenfalls zu prüfen, ob eine UVP-Pflicht besteht oder nicht. Für das o.g. Vorhaben war nach § 7 Abs. 1 UVPG und Nr. 13.18.1 Spalte 2 in der Anlage 1 UVPG eine allgemeine Vorprüfung durchzuführen.

Diese allgemeine Vorprüfung wurde von meiner Unteren Wasserbehörde und der Unteren Naturschutzbehörde am 21.05.2019 vorgenommen.

Hinsichtlich der Änderung der Nebenbestimmung 7.7 (Verbleib des Abraums) bleibt anzumerken, dass es sich dabei um Massen handelt, die entgegen der ursprünglichen Planung nicht im Produktionsprozess verwertet werden können und damit zusätzlich als Abraum anfallen. Die beabsichtigte Verbringung auf die Halde Dachskuhle wurde im Rahmen dieser Vorprüfung nicht bewertet, weil es sich bei dieser Halde um eine Anlage nach dem Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) unter Aufsicht der Bezirksregierung Düsseldorf handelt.

Etwaige Auswirkungen auf die Umwelt durch die Ablagerung zusätzlicher Massen werden daher im parallel zum o.g. Änderungsantrag in einem Verfahren bei der Bezirksregierung Düsseldorf geprüft.

Die Errichtung des Gewässerdurchlasses mit den Maßen 7,9 m Breite und 3,5 m Höhe erfolgt im Rahmen der bereits planfestgestellten Verlegung des Eignerbachs. Die Prüfung ergab keine besonderen örtlichen Gegebenheiten oder erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen.

Gemäß § 5 Abs. 2 UVPG stelle ich nach Prüfung daher fest, dass das beantragte Vorhaben keine erheblichen Umweltauswirkungen haben kann und damit auch keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.

Die Feststellung ist gemäß § 5 Abs. 3 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Im Auftrag
gez. Hanst